

Netzwerk
„Berlin hilft!“
informieren. vernetzen. helfen.



Alle Infos zur Ausbildungsduldung nach § 60a AufenthG

Einleitung

Mit der Neuregelung durch das Integrationsgesetz seit August 2016 gibt es nun mit dem neuen § 60 a Aufenthaltsgesetz die Möglichkeit, eine Duldung für die Dauer einer Berufsausbildung zu erhalten.

Nach Abschluss der Ausbildung ist es auch möglich, für einen dann anschließenden Arbeitsvertrag im Ausbildungsberuf eine Aufenthaltserlaubnis für zwei Jahre zu bekommen. (Manchmal ist deshalb auch von der 3 plus 2-Regel die Rede.)

Da nunmehr viele Asylentscheidungen getroffen werden, die auch in vielen Fällen eine Ablehnung beinhalten, ist diese neue Möglichkeit grundsätzlich ein Weg, trotz abgelehntem Antrag einen Aufenthalt zu verfestigen und sogar eine langfristige Option zum Bleiben aufzubauen.

Entsprechend hoch ist auch derzeit die Suche nach entsprechenden Ausbildungsplätzen, um diesen Weg gehen zu können. Dabei gibt es aber nach der Gesetzeslage, aber auch grundsätzlich einige Dinge zu beachten, die entweder Voraussetzung für eine Ausbildungsduldung sind, oder deren Erhalt entweder gefährdet oder sogar unmöglich macht.



Anspruch auf Duldung während der Ausbildung

3 Jahre

Duldung für die Dauer der Berufsausbildung

6 Monate

Duldung zur Jobsuche nach Abschluss der Ausbildung

2 Jahre

Anspruch auf Aufenthaltserlaubnis bei Arbeit im Ausbildungsberuf

3 plus 2 - Regel

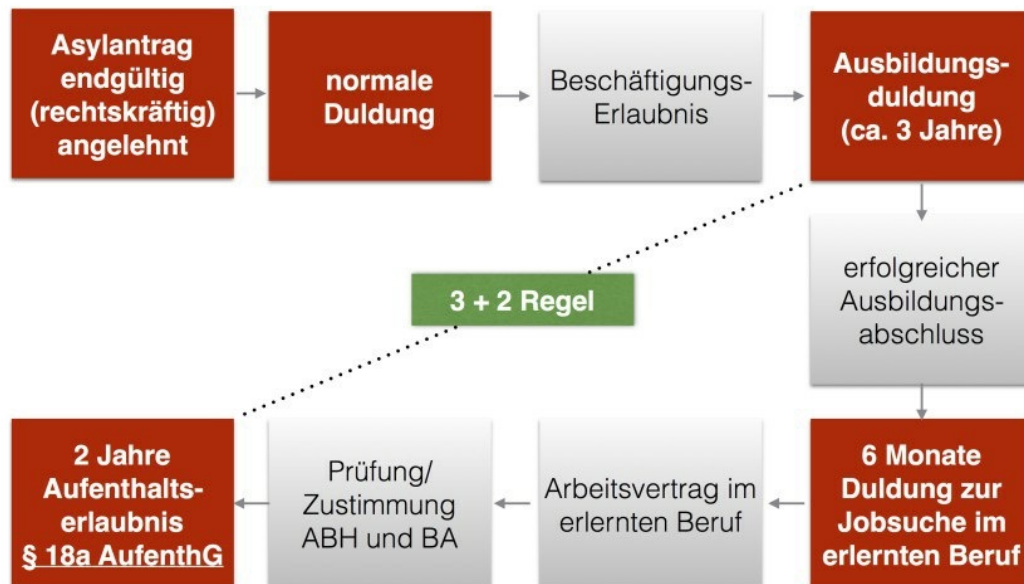
Präsentation & Handout Ausbildungsduhlung § 60 a AufenthG - Netzwerk Berlin hilft - www.berlin-hilft.com - Stand: 20.02.2017

Voraussetzungen

- Ausbildung, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führt
- Schulische oder duale Ausbildung möglich
- Vorbereitungskurse (Sprache, Massnahmen der Arbeitsagentur oder des JC, alle Programme) zählen NICHT zu einer Ausbildung
- Es gibt keine Altersgrenze mehr
- Auch Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten können die Duldung ausnahmsweise erhalten (Ausnahmen siehe unten)



Ideal-Schema Weg zur Ausbildungsduldung



Präsentation & Handout Ausbildungsduldung § 60 a AufenthG - Netzwerk Berlin hilft - www.berlin-hilft.com - Stand: 20.02.2017

Ausschlüsse

In bestimmten Fällen sind Menschen von der Möglichkeit einer Ausbildungs- Duldung ausgeschlossen:

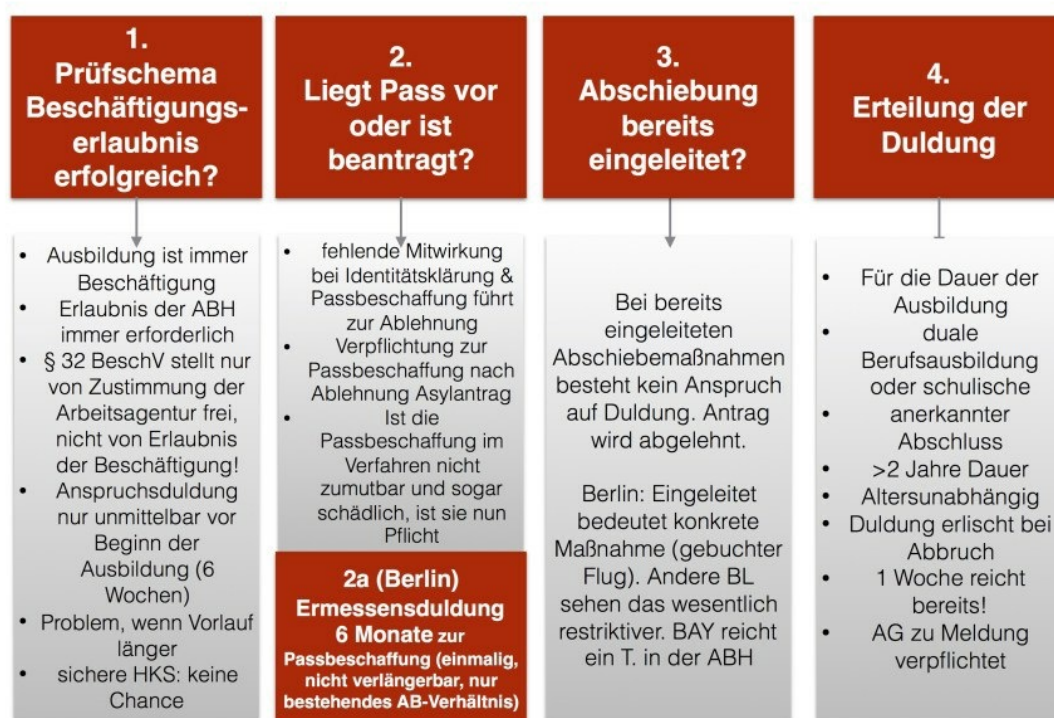
- Aufenthalt in Deutschland ausschliesslich aus Gründen des Leistungsbezuges
- Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten mit Asylantrag NACH dem 31.08.2015, wenn der Antrag abgelehnt wurde.
- Menschen, die Straftaten begangen haben, die zu einer Verurteilung mit 50 Tagessätzen oder mehr führten.
- Ebenso gilt dies für ausländerrechtliche Straftaten mit Verurteilungen mit 90 Tagessätzen oder mehr (also Straftaten, die nur Ausländer begehen können wie illegale Einreise. Eher eine Ausnahme).

- Sog. „aufenthaltsbeendende Maßnahmen“ sind bereits eingeleitet worden, was bei Menschen aus „sicheren Herkunftsstaaten“ allerdings häufig der Fall ist (spezielle Regelung hinsichtlich der Ausbildungsduhlung).
- Verstöße gegen die Mitwirkungspflichten bei der Identitätsklärung oder Verschleierung der Identität bzw. Verweigerung/Nicht-Betreiben der Pass-Beschaffung (Herbeiführung des Abschiebungshindernisses durch eigenes Verhalten)



34

Anspruch auf Ausbildungsduhlung I



Präsentation & Handout Ausbildungsduhlung § 60a AufenthG - Netzwerk Berlin hilft - www.berlin-hilft.com - Stand: 20.02.2017

Diese o.g. Punkte haben leider eine größere Relevanz als es auf den ersten Blick vielleicht erwartet wird. Deshalb hierzu folgende Hinweise:

Sichere Herkunftsstaaten

Bereits Geduldete, bei denen in ihrer Duldung der Vermerk „**Erwerbstätigkeit nicht gestattet**“ eingetragen ist, steht der Weg der Ausbildungsduldung **nicht** offen. Für Berlin betrifft dies im Moment rd. 45 % aller Fälle. In solchen Fällen lehnt die Ausländerbehörde immer ab.

In vielen Fällen liegt zwischen Einreise und Asylgesuch sowie dem Asylantrag gerade in 2015 ein erheblicher Zeitraum. Dem reinen Gesetzestext nach geht es bei dem relevanten Stichtag um die Stellung des AsylANTRAGES, nicht des AsylGESUCHS.

Ist diese Antragstellung nach dem Stichtag, ist der Anspruch grundsätzlich ausgeschlossen, wenn es bereits einen ablehnenden Bescheid dazu gab.

Für den Fall, dass es noch keine Asylentscheidung gab UND der Antrag zurückgenommen wird, kann hingegen ein Anspruch vorhanden sein.

Deshalb ist es u.U. für Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten sinnvoll, den Asylantrag zurückzunehmen, wenn ein Ausbildungsvertrag abgeschlossen werden kann, um somit dann den Anspruch auf Duldung zu haben.

In einigen Bundesländern gibt es dennoch hiervon zugunsten dieser Menschen abweichende Regelungen oder erste (erstinstanzliche) Urteile: In Niedersachsen wird durch ministerielle Weisung ebenso auf das Gesuch abgestellt wie es in Baden-Württemberg ein VG-Urteil gibt, das dies ebenso sieht.

Der reine Gesetzestext ist hingegen eindeutig und stellt auf den Antrag ab. So ist dies in der Mehrzahl der Bundesländer und auch in Berlin. In seinem Schreiben vom 01.11.2016 hat das Bundesministerium des Innern die Abstellung auf den Antrag nochmals eindeutig bestätigt. Deshalb muss auch davon ausgegangen werden, dass die o.g. früheren

Regelungen nicht haltbar sein werden und es tatsächlich auf den Antrag ankommt.

Straftaten

In vielen Fällen wird dies vermutlich keine Bedeutung haben, wenn nicht tatsächlich mehr oder minder schwere Straftaten begangen wurden. Es sei jedoch daran erinnert, dass auch Ladendiebstähle oder sogar Schwarzfahren u.U. zu einer Überschreitung der Grenze führen können.

Straftaten wie Körperverletzungen oder noch massivere Delikte hat sicher jeder dabei auf dem gedanklichen Schirm. In manchen Fällen greift diese Regel nur leider wesentlich früher. Eher zu vernachlässigen sind wohl die rein ausländerrechtlichen Delikte, da insbesondere die illegale Einreise real kaum verurteilt werden wird.

Problematisch ist dies jedoch insofern, dass manch Betroffener entweder nichts von einer solchen Verurteilung weiss oder es zumindest nicht erzählt.

Wichtig ist dabei auch: Eine solche Verurteilung lässt eine bereits erteilte Duldung von Gesetzes wegen erlöschen.

Aufenthaltsbeendende Maßnahmen

Dieser Punkt hat – auch unterschiedlich von Bundesland zu Bundesland – eine u.U. erhebliche Relevanz. Bayern z.B. hat umfangreiche „Vollzugshinweise“ hierzu erlassen.

Im „Normalfall“ haben jedoch die folgenden Umstände in jedem Fall eine solche Wirkung, die bereits in der Begründung des Gesetzes (BT 18/9090) genannt sind, aber NICHT ABSCHLIEßEND in der Aufzählung sind:

- wenn Abschiebungen bereits konkret vorbereitet werden, z. B. wenn ein Pass(ersatz)papier beantragt worden ist, oder
- die Abschiebungen terminiert sind (**Wichtig:** Bei Personen aus sicheren Herkunftsländern erfolgt dies in vielen Fällen sehr zeitnah nach Ablehnung oder Rücknahme des Asylantrages) oder
- ein Verfahren zur Dublin-Überstellung läuft

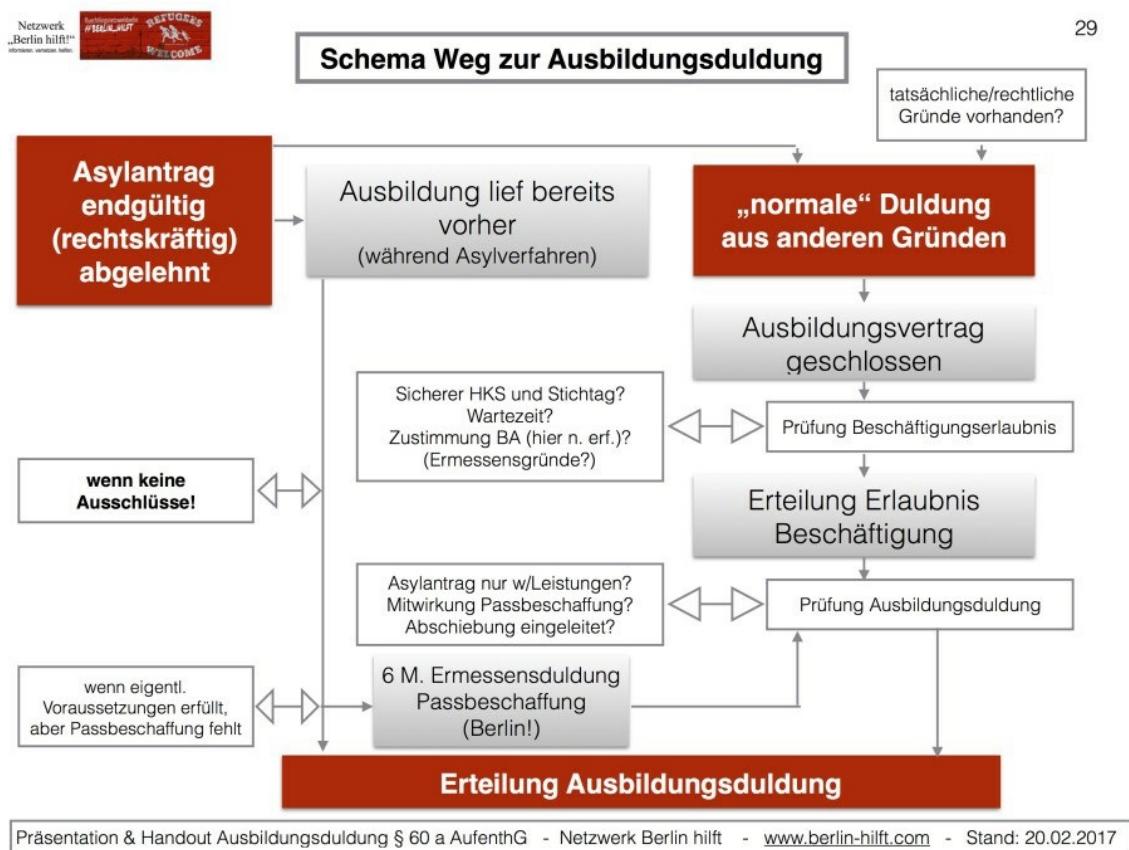
Die sog. Vollzugshinweise aus Bayern führten auch zu einer Stellungnahme des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages, die sich konkret mit der sehr weitgehenden Auslegung in Bayern beschäftigte. Nach den Ausführungen des wissenschaftlichen Dienstes gilt dabei Folgendes:

*Die grundsätzliche Erwägung, dass Ausnahmen – wie hier der Ausschlussgrund – tendenziell eng auszulegen sind, schlägt hier allerdings nicht durch. Vielmehr knüpft die Formulierung der bevorstehenden Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung in § 60a Abs. 2 S. 4 AufenthG erkennbar an entsprechende Formulierungen in anderen Vorschriften an (§ 61 Abs. 1 lit. c Nr. 3 AufenthG, § 59b Abs. 1 Nr. 3 Asylgesetz), was aus systematischen Erwägungen für eine weite Auslegung des Ausschlussgrundes spricht. Danach können auch Vorbereitungsmaßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung den Anspruch auf Ausbildungsduldung ausschließen. Erwägungen zum Sinn und Zweck der Regelung in § 60a Abs. 2 S. 4 AufenthG legen es jedoch nahe, bei den Vorbereitungsmaßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung weiter danach zu differenzieren, ob durch die Vorbereitungsmaßnahme die tatsächliche Aufenthaltsbeendigung nicht nur eingeleitet, **sondern auch absehbar** wird.*

Dies weist darauf hin, dass es letztlich wohl doch um eine engere Auslegung der Frage gehen wird, wann eine aufenthaltsbeendende Maßnahme tatsächlich bereits eingeleitet ist.

Regelung in Berlin zu aufenthaltsbeendenden Massnahmen

Konkret für das Land Berlin bedeutet dies, dass aktuell eine der Gesetzesbegründung folgende Handhabung Geltung hat und man sich in Berlin im Wesentlichen auf diese o.g. Fälle beschränkt. Hierbei gilt dennoch immer noch, dass die Aufzählung nicht vollständig ist und in Ausnahme- und Einzelfällen etwas anders gelten mag.



Mitwirkungspflichten und Passbeschaffung

Weil es so bedeutsam ist, hier nochmals die konkrete Regelung des § 60 a Abs. 6 AufenthG dazu:

(6) Einem Ausländer, der eine Duldung besitzt, darf die Ausübung einer Erwerbstätigkeit nicht erlaubt werden, wenn

1.

*2.
aufenthaltsbeendende Maßnahmen bei ihm aus Gründen, die er selbst zu vertreten hat, nicht vollzogen werden können oder*

*3.
Zu vertreten hat ein Ausländer die Gründe nach Satz 1 Nummer 2 insbesondere, wenn er das Abschiebungshindernis durch eigene Täuschung über seine Identität oder Staatsangehörigkeit oder durch eigene falsche Angaben selbst herbeiführt.*

EXKURS: Beschaffung von Papieren

WÄHREND des Asylverfahrens ist der Geflüchtete grundsätzlich erst einmal nicht dazu verpflichtet, Papiere zu beschaffen. Täuschung über die Identität ist natürlich schädlich, die Passbeschaffung ist es hingegen auch, weil sich dadurch und die „Unter-Schutz-Stellung“ unter den jeweiligen Herkunftsstaat die Fluchtgründe erledigen und damit kein Asylgrund mehr vorliegt (§ 15 AsylG).

Ob dies im Einzelfall immer besonders geschickt ist oder es nicht so manch Geflüchteter einfacher gehabt hätte, wenn er auf diese Papierlage mehr Wert gelegt hätte, sei mal dahingestellt.

Was bisher nicht das Problem des Geflüchteten war, wird es nach Ablehnung und Rechtskraft nämlich nun:

Grundsätzlich sind Menschen **NACH ABSCHLUSS** des Asylverfahrens, also nach endgültiger rechtskräftiger Ablehnung Ihres Asylantrages, nämlich nun in einer komplett veränderten Situation und müssen streng genommen selbst an ihrer Abschiebung mitwirken. Sie sind erst einmal „vollziehbar ausreisepflichtig“. Eine Duldung aus den jeweils unterschiedlichen Gründen verlangt zur Erteilung sogar diese vollziehbare Ausreisepflicht.

Die Mitwirkung an der Beschaffung von Papieren, die letztlich und erst einmal die Ausreise/Abschiebung ermöglichen können, ist im Zusammenhang mit der Ausbildungsduldung nun zwingend erforderlich, weil es sonst zu einem Ausschlussgrund für die Erteilung einer Ausbildungsduldung führen könnte.

„Stichtag“ hierfür ist nach Ablehnung des Asylantrages und dem Eintritt der vollziehbaren Ausreisepflicht das Datum der Belehrung bei der Ausländerbehörde hierüber.

Zudem sei darauf hingewiesen, dass eine eingereichte Klage im Normalfall ja nicht zum Erlöschen der Aufenthaltsgestattung führt und damit in dieser Phase bis zur rechtskräftigen Entscheidung auch keine Duldung ausgesprochen werden kann, weil es an der vollziehbaren Ausreisepflicht fehlt.

U.U. muß man sich je nach Erfolgsaussicht einer Klage, die im Idealfall ja dann zu einer Aufenthaltserlaubnis führt, darüber im Klaren sein, dass der Anspruch auf eine Duldung nur dann entstehen kann, wenn das Asylverfahren rechtskräftig entschieden wurde.

EXKURS zur Systematik der Aufenthaltspapiere

Schema zu den einzelnen Papieren und ihren Bedeutungen

A: Einreise nach Deutschland:

1. AKN: Ankunftsnachweis bzw. (alt) BÜMA: Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender B: NACH Asylantragstellung und während des laufenden Asylverfahrens:

2. Aufenthaltsgestattung (AG)

C: DANN Asylentscheidung (positiv):

3. Aufenthaltserlaubnis (AE)

D: ODER DANN Asylentscheidung (negativ):

bei eingereichter Klage mit Hemmung des Vollzuges (normale Ablehnung oder offensichtlich unbegründet mit stattgegebenem Eilantrag auf Aussetzung der Vollziehung)

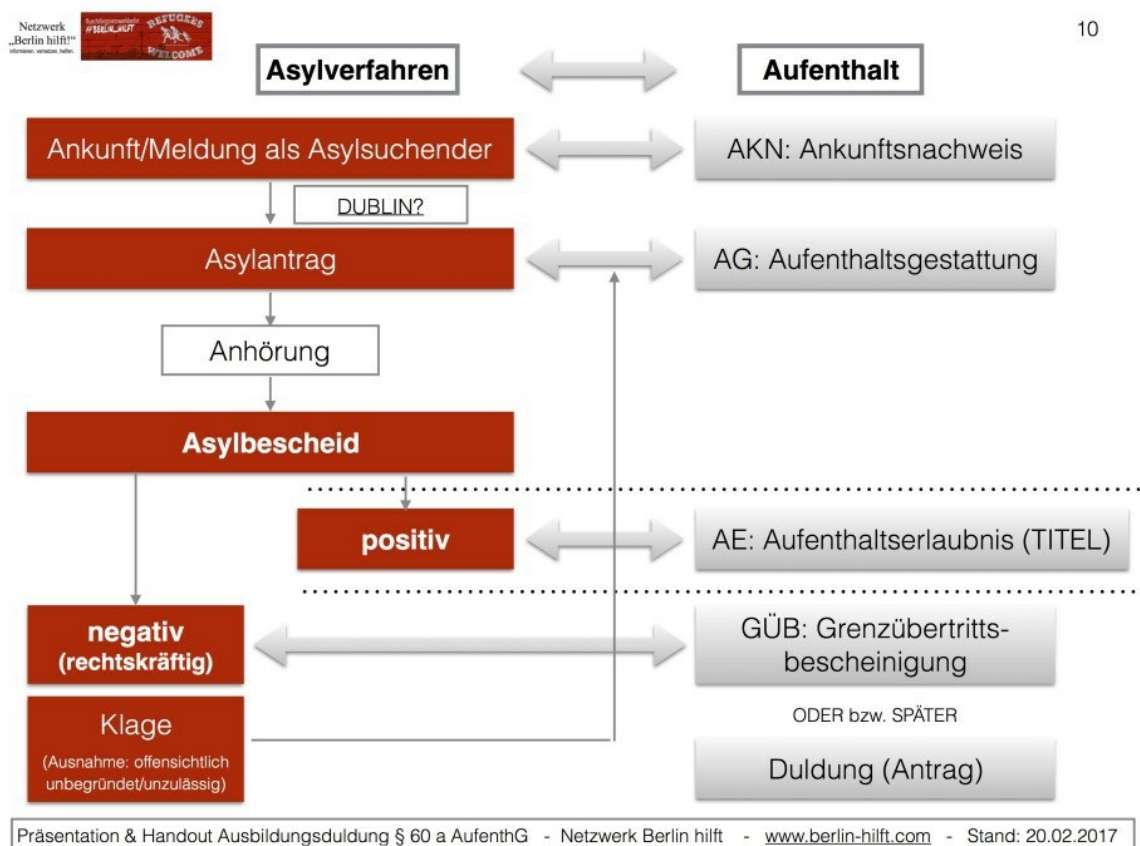
4.a weiter Aufenthaltsgestattung (AG)

ALTERNATIV

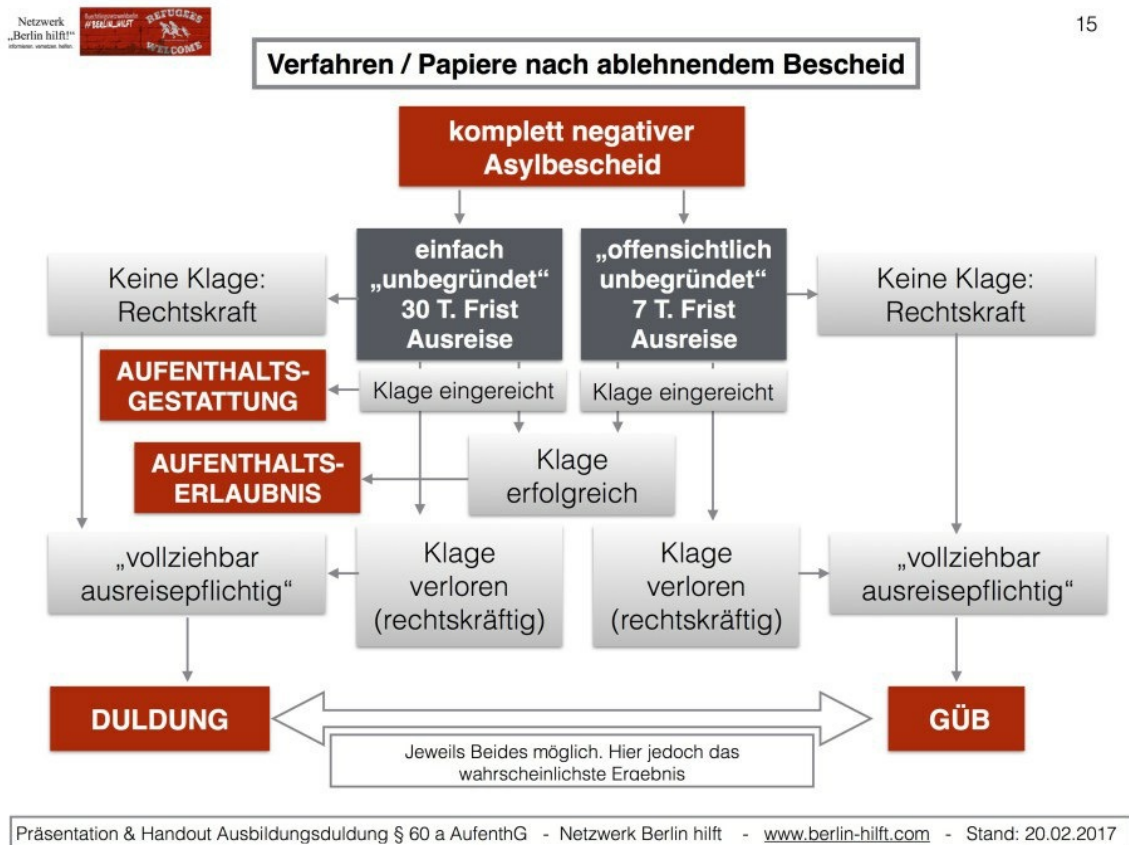
Vollziehbar ausreisepflichtig (Keine Klage, rechtskräftig verlorene Klage, Eilantrag nicht erfolgreich)

4.b Grenzübertrittsbescheinigung (GÜB) oder Duldung

Solange jemand demnach eine Aufenthaltsgestattung besitzt, kann parallel dazu keine Duldung ausgesprochen werden.



Wie geht es weiter nach einem negativen Asylbescheid?



Geduldet sind nur vollziehbar ausreisepflichtige Menschen, deren Ausreise aus unterschiedlichen Gründen entweder

- faktisch nicht möglich ist, weil sie entweder keine Papiere besitzen oder z.B. Deutschland keine Vertretung in diesem Land hat **ODER**
- es persönliche Gründe gibt, den Vollzug der Ausreise nicht vorzunehmen (z.B. schwere Krankheiten, Geburt eines Kindes usw.)

Konkret bedeutet dies, dass bei einem Antrag auf Duldung wegen und für eine Ausbildung der Anspruch darauf ggfls. deshalb entfallen kann,

weil der Geflüchtete nicht oder nicht ausreichend bei der Beschaffung seiner Papiere mitwirkt.

Ist ihm im noch laufenden Asylverfahren nicht zumutbar, in seine Botschaft zu gehen, um dort einen Pass zu beantragen, ist genau dies später die Voraussetzung, um den Anspruch auf eine Ausbildungs-Duldung zu erhalten.

Von mancher Ausländerbehörde gibt es hierzu engere und von manchen weitere Auslegungen.

Ablauf bei Antrag auf Ausbildungsduhlung BESTEHENDE Ausbildungsverhältnisse (in Berlin)

Konkret in Berlin wird im Moment (20.02.2017) wie folgt verfahren, **wenn anderenfalls der Verlust einer bereits begonnenen Ausbildung** droht:

A Idealfall

- Das Asylverfahren ist verbunden mit einer vollziehbaren Ausreiseverpflichtung abgeschlossen.
- Es liegt ein Pass oder klares Identitätspapier vor.

Dann Anspruch auf Ausbildungs- Duldung (vorausgesetzt, es steht keiner der anderen Ausschlussgründe dem entgegen)

B Alle anderen Fälle

- Das Asylverfahren ist verbunden mit einer vollziehbaren Ausreiseverpflichtung abgeschlossen
- **Es liegt KEIN Pass oder Passersatzpapier vor, und**
- **NUR daran scheitert die Ausbildungsduhlung**

Die ABH erteilt eine 6-monatige Ermessensduldung zur Beschaffung der Papiere, um den Verlust einer erlaubt aufgenommenen Berufsausbildung zu verhindern

a) Innerhalb dieser Frist wird die Pass-Frage geheilt

Dann: Anspruch auf Ausbildungs- Duldung (vorausgesetzt es liegen keine anderen Ausschlussgründe vor) **ODER**

b) Innerhalb der 6 Monate keine Heilung

Verlängerung ist definitiv ausgeschlossen!

Dann: Ausschlussgrund für den Anspruch auf Ausbildungsduldung

Konkret bedeutet dies, dass der Geflüchtete innerhalb oder mit Ablauf dieser sechs Monate entweder einen Pass seines Herkunftslandes vorlegen muss ODER in wie auch immer geeigneter Weise seine umgehenden erfolglosen Bemühungen um dessen Ausstellung nachweisen muss, was jedoch in der Praxis nur selten der Fall ist.

Gelingt ihm Beides nicht, ist die Erteilung einer Duldung für eine Ausbildung ausgeschlossen. Weiteren Ermessensspielraum gibt es dann insoweit nicht.

**Ablauf bei Antrag auf Ausbildungsduldung NEUE
Ausbildungsverhältnisse (in Berlin)**

Konkret in Berlin wird im Moment (20.02.2017) wie folgt verfahren:

A Idealfall

- Das Asylverfahren ist verbunden mit einer vollziehbaren
- Ausreiseverpflichtung abgeschlossen.
- Es liegt ein Pass oder klares Identitätspapier vor.
- Konkrete Ausreisemaßnahmen sind noch nicht terminiert

Dann Anspruch auf Ausbildungs-Duldung (vorausgesetzt, es steht keiner der anderen Ausschlussgründe dem entgegen) UND Der Beginn der Ausbildung ist zeitnah (Max. 6 Wochen. Konkrete Formulierung ist „unmittelbar bevorstehend“)

B Alle anderen Fälle (längere Frist bis Ausbildungsbeginn)

- Das Asylverfahren ist verbunden mit einer vollziehbaren Ausreiseverpflichtung abgeschlossen.
- Es liegt ein Pass oder klares Identitätspapier vor.
- Es gibt keinen wirksamen weiteren Ausschlussgrund

Steht der Beginn der Ausbildung nicht unmittelbar bevor (Beispiel: Vertrag im März, Beginn zum 01.09.), dann gibt es vorgeschaltet keine Möglichkeit für eine Ermessensduldung.

Sofern es **nicht einen anderen zwingenden Grund** für eine Duldung gibt, besteht dann eigentlich keine Möglichkeit, die Ausbildungsduldung zu erhalten.

C Neubeginn einer Ausbildung für Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten (Antrag ab 01.09.2015)

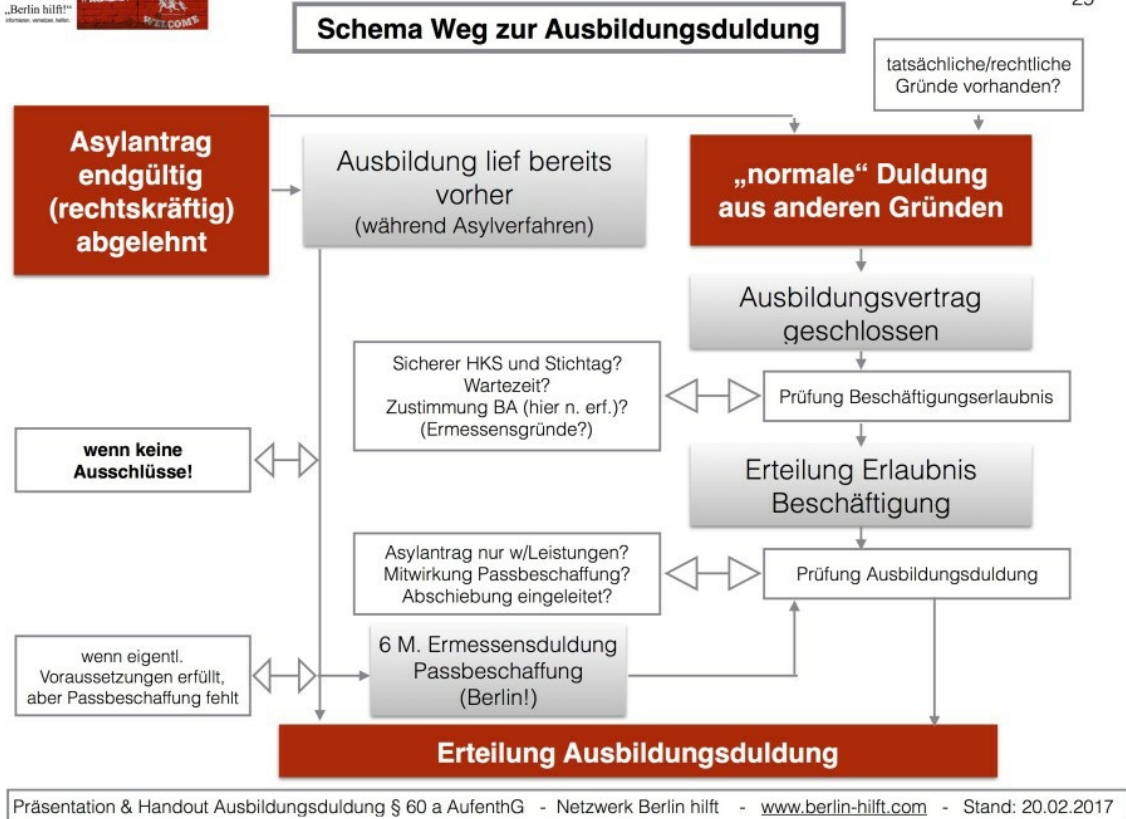
Da mit Ablehnung und vollziehbarer Ausreisepflicht bei Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten auch unmittelbar die Abschiebung terminiert wird, gibt es keine reale Möglichkeit, dass diese Menschen zu einer Ausbildung-Duldung kommen.

Zudem steht dagegen, dass sie auch bereits während des Asylverfahrens von jeder Beschäftigung ausgeschlossen sind und deshalb auch im Verfahren keine Ausbildung beginnen können.

Einzigster Ausweg wäre für diese Menschen dann die Ausreise und die spätere Wiedereinreise zum Zwecke der Berufsausbildung, die dann auch mit einer Aufenthaltserlaubnis ausgestattet wird.



29



Weitere Grundsätze

Weiterer Grundsatz bei all diesen Entscheidungen ist dabei aber auch, dass die **Berufsausbildung erlaubt aufgenommen** wurde. Die Legalisierung einer unerlaubt aufgenommenen Beschäftigung ist damit nicht verbunden.

Deshalb noch folgende Hinweise:

Die Aufnahme einer Berufsausbildung bedarf nach § 32 BeschV zunächst IMMER einer Erlaubnis der Ausländerbehörde, aber NICHT der Zustimmung der Agentur für Arbeit.

Für Menschen im Asylverfahren (also mit Aufenthaltsgestattung) wird diese i.d.R. in Berlin immer erteilt (wesentliche Ausnahme: Verpflichtung zur Wohnsitznahme in einer Erstaufnahmeeinrichtung, damit also AUSCHLUSS für Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten, bei denen dies für das gesamte Verfahren gilt).

Geht es um jemanden, der nach Ablehnung seines Asylantrages vollziehbar ausreisepflichtig ist und nun eine Duldung begehrt, überlagert der o.g. § 60a Abs. 6 die eigentliche Freigabe einer Berufsausbildung. VOR Erteilung einer Erlaubnis ist deshalb die Prüfung notwendig, ob einer der o.g. Ausschlussgründe greift.

Diese Erlaubnis wird grundsätzlich dann nicht erteilt, wenn der jeweilige Mensch das Abschiebungshindernis selbst zu vertreten hat.

Bei bereits Geduldeten in Berlin ist die Gruppe, denen keine Ausbildungsduldung offensteht, daran zu erkennen, dass in der Duldung „Erwerbstätigkeit nicht gestattet“ eingetragen ist.

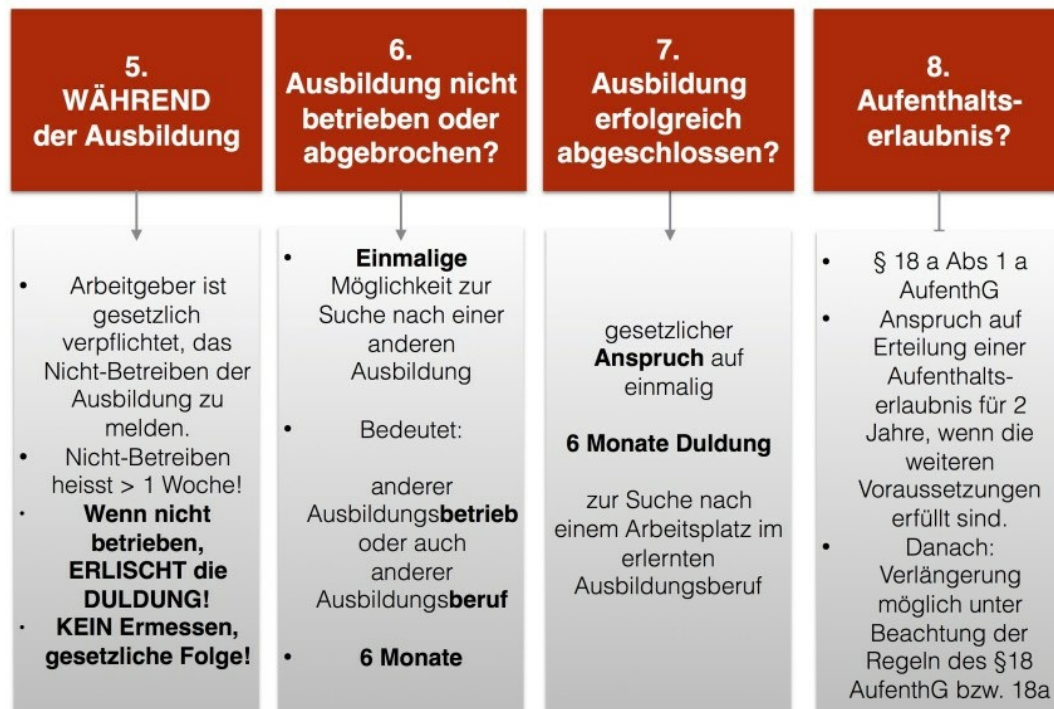
Während der Ausbildung bleiben Ausschlusskriterien

Das Nicht-Betreiben der Ausbildung führt ebenso zum ERLÖSCHEN der Duldung wie während der Ausbildung begangene Straftaten im schon erwähnten Rahmen mit mehr als 50 bzw. 90 Tagessätzen!

Soll hingegen der Ausbildungsbetrieb gewechselt werden, weil es Probleme z.B. mit dem Ausbilder o.ä. gab oder ist ein kompletter Wechsel des Ausbildungsberufes notwendig, gibt es **einmalig die Möglichkeit, eine 6- monatige Duldung zum Wechsel zu erhalten.**



Anspruch auf Ausbildungsduldung II



Präsentation & Handout Ausbildungsduldung § 60 a AufenthG - Netzwerk Berlin hilft - www.berlin-hilft.com - Stand: 20.02.2017

Ausbildung erfolgreich abgeschlossen. Was nun?

Wenn die einmal begonnene Ausbildung erfolgreich abgeschlossen wurde, besteht die Möglichkeit, daraus eine Aufenthaltserlaubnis nach § 18 a AufenthG zu bekommen.

Anspruch auf 6 Monate Duldung zur Jobsuche

Zunächst besteht – wenn einen der Ausbildungsbetrieb nicht ohnehin übernimmt – ein Anspruch auf eine 6- monatige Duldung zur Suche nach einem Arbeitsplatz im erlernten Beruf.

Hiermit ist tatsächlich auch der erlernte Beruf gemeint und nicht etwa ein komplett anderer. Ein Wechsel beispielsweise von einer Ausbildung zum Bäcker hin in den KFZ-Bereich ist damit insofern ausgeschlossen. Im weiteren Verfahren wird dies auch nochmals geprüft.

Aufenthaltserlaubnis nach § 18 a Abs. 1 A AufenthG

Danach bzw. daneben sind nun jedoch weitere Voraussetzungen zu erfüllen, um die Aufenthaltserlaubnis nach § 18 a Abs. 1 A zu erhalten, wie z.B. ein ausreichender Wohnraum. Berlin sieht dies jedoch vergleichsweise großzügig.

Daneben müssen ausreichende Deutschkenntnisse vorhanden sein, wobei hier das Sprachniveau B1 unterstellt wird. Dies sollte nach einer 3jährigen Ausbildung nicht mehr ein Problem sein.

Wichtig:

Nach § 18 a ist normalerweise die Sicherung des Lebensunterhaltes eine Erteilungsvoraussetzung. Nach der für die als Folge einer Ausbildungsduldung nach § 60 a geltenden Regelung des § 18a Abs. 1 A hingegen entfällt diese Verpflichtung.

Dagegen steht, dass auch die Aufenthaltserlaubnis wiederum bei nun begangenen Straftaten mit insgesamt 50/90 Tagessätzen oder mehr ERLISCHT!

Hat man also die Voraussetzungen, die Notwendigkeiten des Abs 1 (mit Sicherung des Lebensunterhaltes) zu erfüllen, sollte man die Aufenthaltserlaubnis nach Abs. 1 beantragen, nicht nach Abs. 1 A, wobei es nur auf zweitgenannten einen Anspruch gibt.



Anspruch auf Ausbildungsduldung III



Hinweis und Empfehlung

Alle Hinweise unter Vorbehalt und nach bestem Wissen und Gewissen. Wir machen jedoch keine Rechtsberatung. Deshalb wird eine anwaltliche Beratung in solchen Fällen dringend angeraten und ist Voraussetzung für eine konkrete Beurteilung des jeweiligen Einzelfalles!

Die eingefügten Graphiken sind Teile einer umfangreichen Schulung/Präsentation. Bei Bedarf und Interesse bitte anfragen!

Copyright © 2017 Christian Lüder

christian.lueder@berlin-hilft.com

Link zum Beitrag:

<http://berlin-hilft.com/2016/12/01/alle-infos-zur-ausbildungsduldung-nach-§-60a-aufenthg/>